

1919 – 2019: Was weiß die Friedensforschung über die Kunst, Kriege zu beenden?

Ein Gespräch mit Lothar Brock



Prof. Lothar Brock (Mitte) im Gespräch mit Prof. Tanja Brühl und Hendrik Simon. Foto: Dettmar

Gleich zwei Anlässe bestehen für unser Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Lothar Brock (Jg. 1939) über die „Kunst, Kriege zu beenden“: ein weltordnungspolitischer Anlass mit dem 100-jährigen Jahrestag des Beginns der Pariser Friedenskonferenz – und ein biografischer Anlass unseres Gesprächspartners. Am 30. Januar 2019 feierte Lothar Brock, der an der Goethe-Universität zunächst seit 1992 als Professor und seit 2004 als Senior-Professor lehrt, seinen 80. Geburtstag. Überlegungen zu Krieg und Frieden in Geschichte und Gegenwart.

Tanja Brühl / Hendrik Simon: Lieber Lothar, vor ziemlich genau 100 Jahren, am 18. Januar 1919, begann die Pariser Friedenskonferenz, auf der Europa nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges neu geordnet werden sollte. Wie lässt sich die Bedeutung von „1919“ aus heutiger Sicht bewerten?

Prof. Lothar Brock: Im deutschen historischen Gedächtnis schürte der Friede von Versailles den gesellschaftlichen Unfrieden in Deutschland – einen Unfrieden, der in die Herrschaft des Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust mündete. „Versailles“ wäre so gesehen ein Friedensschluss, vor dem Immanuel Kant warnte, als er die Maxime aufstellte, dass kein Friedensschluss den Stoff für neue Kriege liefern sollte. Diese Maxime bezeichnet den Kern der Kunst, Kriege zu beenden. Aus der Sicht der Friedensforschung gehört zu dieser Kunst aber auch, dass die Beendigung eines Krieges dem allgemeinen Frieden dient.

Ist das nicht ein bisschen viel verlangt?

Klar. Wir können den Menschen in Syrien nicht sagen, dass wir nur für eine Kriegsbeendigung eintreten, die uns dem Frieden auf der ganzen Welt näher bringt. Es ist aber für

die Betroffenen von größter Bedeutung, dass ein beendeter Krieg nicht wieder ausbricht oder die Gewalt sich in anderer Form fortsetzt. Darüber hinaus geht es um die Schaffung internationaler und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die dazu beitragen, den Umgang mit Konflikten in zivile Bahnen zu lenken. Unter diesem Gesichtspunkt lohnt sich auch ein zweiter Blick auf „Versailles“.

Kannst Du das näher erklären?

Wenn man „Versailles“ in Verbindung mit den von den „Realisten“ viel geschmähten „vierzehn Punkten“ von Woodrow Wilson und der Gründung des Völkerbundes sieht, ergibt sich ein anderes Bild, als wenn man die Friedensverträge von Paris nur für sich betrachtet. Dann kann man die Verhandlungen am Ende des Ersten Weltkrieges auch als Versuch verstehen, eine internationale Ordnung für den geregelten Umgang mit Konflikten zu schaffen. Die Idee einer solchen Ordnung fand vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der Wissenschaft, aber auch in der ersten transnationalen Friedensbewegung der Geschichte regen Zuspruch. Sie war also nicht neu, neu war der historische Kontext, in dem sie Gestalt annahm. Dazu zählen in erster Linie die damaligen Kriegserfahrungen. Das Interessante ist, dass man angesichts dieser Kriegserfahrungen die Ideen der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 nicht aufgab, sondern weiterentwickelte und zwar in Gestalt des Völkerbundes und einer fortschreitenden Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Die schlug sich auch in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nieder. Der Vertrag umfasste 440 Artikel, die alles, was den Übergang vom Krieg zum Frieden betraf, bis ins letzte Detail zu regeln versuchten. Die Pariser Friedensverhandlungen stehen also nicht nur für ein macht-

politisches Ränkespiel, sondern auch für den Versuch, solche Ränkespiele zu zivilisieren.

Aber hat sich dieser Versuch im Verlaufe des 20. Jahrhunderts nicht als wirkungslos erwiesen?

Die Versailler Bemühungen, alles bis ins kleinste Detail zu regeln, brachten offensichtlich ebenso wenig wie der große ordnungspolitische Entwurf des Völkerbundes einen Durchbruch auf dem Weg von der Beendigung des Krieges zum „Ewigen Frieden“. Aber auch Faschismus, Stalinismus, Krieg und Holocaust haben nicht bewirkt, dass das normative Projekt, für das die Pariser Friedensverhandlungen standen, aufgegeben wurde. Im Gegenteil, dieses Projekt wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges erneut weiterentwickelt und ausgebaut, diesmal in Gestalt der Vereinten Nationen, des „Bretton Woods“-Systems zur Regelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Kodifizierung der Menschenrechte und eines Ausbaus der internationalen Gerichtsbarkeit. Nach dem Ende des Kalten Krieges erhielt die Idee, Frieden durch Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu erreichen, einen weiteren präzedenzlosen Auftrieb. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit dem Konzept einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, also der Umformung des Völkerrechts in ein Weltverfassungsrecht.

Dem steht heute eine Entwicklung entgegen, die die bisher geschaffenen Regelwerke infrage stellt. Die Politik scheint sich kaum noch um völkerrechtliche Begründungen für das zu bemühen, was in Syrien passiert. Kosmopolitisches Denken wird allerorten durch einen neuen Nationalismus und Populismus verhöhnt. Die Antwort auf Eure Frage könnte also lauten: „Ja, die Idee einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen verliert an Überzeugungskraft. Der mehr als hundertjährige Zyklus von Kriegserfahrungen und darauf reagierenden Friedenshoffnungen geht zu Ende.“

Deine Formulierung legt den Schluss nahe, dass das so nicht stimmt. Wie lautet also Deine Antwort auf unsere Frage?

Wie die Antwort wirklich lautet, weiß im Augenblick niemand so recht – weder in der Wissenschaft noch in der Politik. Das ist aber nicht das Ende des Nachdenkens über die Kunst, Kriege zu beenden.

In den 1990er-Jahren war die Versuchung groß, von einer historischen Vergleichsfolie auszugehen, vor der sich das friedenspolitische Denken stetig weiterentwickelte und immer anspruchsvoller wurde. Zwar war nicht zu übersehen, dass das Ende der Blockkonfrontation keineswegs schon das Ende aller Kriege bedeutete. Aber mit den Schrecken, die die Gewalt in den sogenannten neuen Kriegen verbreitete, wuchs die Zuversicht, dass der „Sieg“ der Demokratie neue Möglichkeiten für die Ausbreitung des Friedens bot.

Dem lag das Theorem des demokratischen Friedens zugrunde, das sich auf den empirischen Sachverhalt beruft, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Wie sich aber sehr rasch zeigte, stand dieser Sachverhalt aber keineswegs Kriegen der liberalen Demokratien gegen Nicht-Demokratien im Wege. Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) widmete sich diesem Sachverhalt in einem Forschungsprogramm, das dem demokratischen Frieden den demokratischen Krieg zur Seite stellte. Untersuchungsgegenstand waren die sogenannten humanitären Interventionen der 1990er-Jahre und die Kriege in Afghanistan und dem Irak. Eines der Ergebnisse dieser Forschung war, dass liberal-demokratische Staaten mit ihrer Berufung auf Demokratie und

Menschenrechte über eine breitere Palette von Gründen für die Anwendung von Gewalt verfügen als Nicht-Demokratien. In einer heterogenen Welt von Demokratien und Nicht-Demokratien ist also mit mehr Kriegen zu rechnen als in einer Welt von Nicht-Demokratien, und dies, obwohl die Ausbreitung der Demokratie die Chancen auf Frieden empirisch nachweisbar erhöht.

Dasselbe gilt für das Verhältnis von Gerechtigkeit und Frieden, das in einem zweiten Forschungsprogramm der HSFK bearbeitet wurde. Einerseits ist die Herstellung von Gerechtigkeit Grundbedingung für einen tragfähigen Frieden, andererseits sind rivalisierende Gerechtigkeitsansprüche eine der Hauptquellen für die Anwendung von Gewalt. Das unterstreicht die Bedeutung der Forschung zur Rolle von Gerechtigkeit im Übergang vom Krieg zum Frieden. Man weiß heute, dass „transitional justice“ ein wesentlicher Aspekt der Kunst ist, Kriege zu beenden, aber keinen Generalschlüssel für das Verständnis von Friedensprozessen liefert.

Das heißt also, dass Frieden als historischer Prozess immer auch durch ihm immanente Selbstwidersprüche erschwert wird?

Bei der Verabschiedung von Axel Honneth als Leiter des Instituts für Sozialforschung wurde über die Paradoxie der Gegenwart diskutiert. Der Friedensforschung begegnen solche Paradoxien auch mit Blick auf das Verhältnis von Zwang und Frieden, das gegenwärtig in einem weiteren Forschungsprogramm der HSFK untersucht wird. Denn ein dauerhafter Frieden, egal ob inner- oder zwischenstaatlich, ist nur als Rechtsordnung denkbar, wobei das Recht aber nicht für die Überwindung von Zwang steht, sondern für seine Verregelung. Das sorgt für Ordnung, zugleich aber auch für Widerstand, weil jede Form der Verregelung nicht nur Willkür eindämmt, sondern immer auch neue Willkür schafft. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wollte man daraus folgern, dass Anarchie und Krieg weniger Schaden anrichten als alle Bemühungen um Ordnung und Frieden. Es wäre verhängnisvoll, weil es der Willkür von vornherein freien Lauf ließe. Jeder Flüchtling weiß, dass es einen existenziellen Unterschied zwischen mehr oder weniger Willkür einer Ordnung gibt.

Was bedeutet das für die Friedensforschung, vor welchen Herausforderungen steht sie heute?

Die Friedensforschung braucht nicht „realistischere“ Programmatiken. Sie braucht ein genaueres Verständnis davon, wie Herrschaftsansprüche, politische Autorität und die Schaffung von Regelsystemen zusammenhängen. Bei allen politischen Bemühungen um eine Verregelung der internationalen Beziehungen wird bis zum Umfallen um die fünfte Stelle hinterm Komma gestritten. Alle sehen ein, dass es ohne Regeln nicht geht. Aber alle wollen für sich selbst ein Maximum an Handlungsfreiheit erhalten. Ein Hegemon ist dadurch definiert, dass er diesen Widerspruch zugunsten aller entschärft. Wenn die Kosten dafür den Gewinn, der für ihn selbst dabei herauspringt, übersteigen, verlegt er sich entweder auf eine imperiale Praxis, oder er igelt sich ein. Trump will offenbar beides. Über die Folgen sollte man nicht im Kampf um Aufmerksamkeit wild spekulieren, sondern sorgfältig forschen.

Frankfurt ist mit der HSFK und der Goethe-Universität schon früh ein wichtiger Standort der Friedensforschung gewesen. Gibt es etwas spezifisch „Frankfurterisches“ – also einen Beitrag zur Wissenschaft, der typisch ist für die HSFK und die Goethe-Universität?

Prof. Dr. Dagmar Herzog war im Dezember zu Gast in der Reihe „100 Jahre Frauenstimmrecht – 50 Jahre Autonome Frauenbewegung“ des Cornelia Goethe Centrums.

Der UniReport konnte ihr einige Fragen zu ihrem Vortrag „Feminismen und Sexualpolitik – Die #MeToo-Bewegung und ihre Kritiker*innen“ stellen.

UniReport: Frau Prof. Herzog, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 50 Jahre Autonome Frauenbewegung: Man könnte meinen, dass die Rechte von Frauen heute fest etabliert und unverrückbar sind, zumindest in den westlichen Demokratien. Wie sehen Sie das?

Prof. Dagmar Herzog: Scheinbar ist es ein ständiger Kampf. Es ist viel gewonnen worden, aber es gibt auch immer wieder viel zu tun. In ansonsten sehr diversen Ländern erleben wir momentan eine offensichtlich starke Sehnsucht nach einer Re-Etablierung der Geschlechterhierarchie (das ist mit ein Grund, warum die Rechte erstarkt – ob in Brasilien oder Ungarn). In den USA gibt es gerade einen massiven Backlash gegen die weibliche sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung; nicht nur jedes Jahr mehr gesetzliche Einschränkungen im Abtreibungsrecht, sondern auch durch eine Erschwerung des Zugangs zu Kontrazeptiva. Trumps allererste Handlung nach den Zwischenwahlen war, Arbeitgebern die Möglichkeit einzuräumen, aufgrund „religiöser oder moralischer Bedenken“ die Finanzierung von Verhütungsmitteln in der Gesundheitsversicherung ihrer Arbeitnehmerinnen zu verweigern. Und das Härteste ist die Kürzung der staatlichen Wohlfahrtsleistungen, auf die weit mehr Frauen als Männer angewiesen sind. Das hat die feministische Journalistin Susan Faludi veranlasst zu bemerken, „Patriarchat stürzen vom Sockel, aber das Patriarchat ist stärker denn je.“ Das ist schon ein beachtenswerter Punkt. Ohne wirtschaftliche Selbstständigkeit und Kontrolle über den eigenen Körper ist es mit der Freiheit nicht weit her. Dazu kommt: Die Armut greift weiter um sich. Alleinverdienende Frauen mit Kindern haben es gerade besonders schwer.

Die #MeToo-Bewegung hat im letzten Jahr weltweit den Blick auf sexuelle Übergriffe und sexistische Praktiken gelenkt. Was hat die Bewegung Ihrer Ansicht nach erreicht?

Fortsetzung von Seite 16

Die Frankfurter Friedensforschung hat viel von der Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule profitiert. Habermas ist ihr zweifellos näher als Carl Schmitt. Im internationalen Vergleich würde ich sie eher der kritischen als der liberalen Friedensforschung zuordnen. Aber das sind nur Etiketten, auf die man vielleicht lieber verzichten sollte.

Lehre war Dir als regulärer Professor und ist Dir nun als Seniorprofessor immer wichtig. Du hast nicht nur unzählige Seminar- und Abschlussarbeiten, sondern auch sehr viele Dissertationen betreut. Warum engagierst Du Dich hier so sehr?

Weil mir das eine immer neue Chance bietet, mein eigenes Nachdenken über die Probleme von Krieg und Frieden zu überprüfen und Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis zu erleben. Ich bin dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften dankbar, dass ich das so lange über die Pensionierung hinaus tun können.

Die Fragen stellten
Tanja Brühl und Hendrik Simon.

Rückkehr der Geschlechterhierarchie?



Foto: Mandy Gratz

Die Folgen sind schon beeindruckend. In den USA sind über 500 prominente übergriffige Männer angezeigt worden, 200 haben inzwischen ihre Elitepositionen verloren. Jeden Tag gibt es neue Enthüllungen – u. a. über die Schweigegelder, die von großen Institutionen (z.B. vom Sender CBS) über Jahre hinweg bezahlt worden sind. Wir bekommen ein Bild von der inflationären Selbstüberschätzung dieser Männer und ihrer selbstverständlichen Annahme, sie hätten Anspruch auf die Körper und die „liebessdienende“ Aufmerksamkeit ihrer Untergebenen. Und zunehmend wird es auch deutlich, dass es Übergriffigkeit in allen gesellschaftlichen Schichten gegeben hat und weiterhin gibt. Nicht nur Schauspielerinnen, sondern auch Hotelputzfrauen und Fast-Food-Köchinnen, Frauen in der Tech-Industrie und Frauen im Militär protestieren – und erreichen neue Rechte und Regelungen. In diversen Bundesstaaten gibt es neue Gesetze, die z.B. dem vormals obligatorischen betriebsinternen Schiedsverfahren ein Ende gemacht haben. Diese hatten meistens sowieso nur den Ruf des jeweiligen Unternehmens geschützt und nicht die Arbeitnehmerinnen, die ihre Kollegen oder Chefs anklagten. Und nicht zu unterschätzen: Es gibt allenthalben neue Sensibilität. Der Abschreckungseffekt – oder wenigstens das Wissen, dass schlechtes Benehmen auffliegen könnte und dass das auf einmal nicht mehr gut aussieht – wird, so hoffen es die Aktivistinnen, die Missbrauchsraten verringern.

Gibt es auch Widersprüche innerhalb der Bewegung, wie ist diese in ihrem Verhältnis zur Feminismus-Tradition einzuschätzen?

Es ist nicht so sehr, dass die Bewegung in sich widersprüchlich ist, sondern es gibt zwei andere Probleme. Das eine ist, dass doch sehr viel in einen Topf geschmissen wird. Lappalien werden mit aggressiver Drangsalierung vermengt. Das ist einerseits verständlich – denn es ist, wie der Transmann und Kulturkritiker Jack Halberstam sagt (Shakespeare nachgedichtet), reichlich viel „faul im Staate Heterosexualität.“ Eine Masse von Beschwerden wird überprüft. Aber das macht die Bewegung eben auch leicht zum Spottobjekt für ihre Gegner*innen. Das zweite Problem – schwerer anzugehen – ist die Instrumentalisierung. Die Belästigungen sind real. Aber sie sind auch instrumentalisierbar für andere, vor allem parteipolitische Zwecke. Wir sprechen in den USA von dem Phänomen des weaponizing – etwas wird zu einer Waffe umgeschmiedet. Krasse Beispiele wa-

Dagmar Herzog, Historikerin an der City University of New York, über den weltweit zu beobachtenden Backlash gegen weibliche Selbstbestimmung

ren in jüngster Vergangenheit zwei Fälle: der erzwungene Rücktritt des beliebten jüdischen Komikers und Senators aus Minnesota, Al Franken, im Januar 2018 und die Vereidigung zum Richter am höchsten Gerichtshof des katholischen Brett Kavanaugh im Oktober 2018. In beiden Fällen wurde heftig gestritten, ob die Taten „schlimm“ genug seien, um einen Mann seines Amts zu entheben oder es ihm zu verwehren. Und bei beiden waren ganz offensichtlich die politischen Absichten weiterer Akteure Teil der Geschichte. Der Demokrat Franken musste gehen; die Demokraten wollten ihre „Null-Toleranz“-Reinheit beweisen, obwohl sein Vergehen eigentlich eine Bagatelle war. Im Gegenzug aber konnte Trump den Kavanaugh-Fall erfolgreich für sich wenden, indem er die Debatte auf das Thema die „Verletzlichkeit unserer Söhne“ verschob. Viele Frauen machten sich auf einmal Sorgen, wie es sein würde, wenn ein von ihnen geliebtes männliches Wesen – ob Ehepartner, Bruder oder Sohn – angeklagt wäre. Republikanische Frauen unterstützten zu 86 Prozent Kavanaugh; sie identifizierten sich stärker mit ihrer politischen Partei als mit ihrer Geschlechtsgenossin Christine Ford; sie verweigerten schlicht die Identifikation mit Ford. Das hat weniger mit konfligierenden feministischen Traditionen zu tun als mit dem Faktum, dass wir momentan in einem zutiefst gespaltenen Land leben und die Republikaner mit ihrer Manipulation der Medien geschickter sind.

In Deutschland hat man 2018 in vielen Diskussionen und Ausstellungen der 68er-Bewegung gedacht. War der Protest eher männlich dominiert und hat an patriarchalischen Machtstrukturen (zu) wenig gerüttelt, sind aus dem Mantra von Freizügigkeit und sexueller Freiheit neue Zwänge entstanden?

Ich finde, Liebe und Lust brauchen Freiheit. Und gebe auch zu bedenken: Die vorrevolutionäre Zeit war nicht gerade einfach für Frauen. Und wenn wir die LGBT-Bewegungen zur sexuellen Revolution dazuzählen, dann finde ich, die haben auch den heterosexuellen Beziehungen sehr gut getan. Ich bin keine Anhängerin der These, dass die sexuelle Revolution neue Zwänge gebracht hat – obwohl ich als Historikerin des Öfteren in den Quellen mit Schmunzeln gelesen habe, wie Männer sich verärgert geäußert haben, dass die Revolution neuen Druck gebracht hat, und zwar den Druck, doch etwas besser im Bett zu sein. Dass die Menschen oft verletztlich, verwirrt und konflikthaft in ihrer Beziehung zum Sexuellen sind, stimmt aber

auch. Es ist ein wichtiger Punkt im Leben der Menschen, aber eben auch ein wunder Punkt. Oder wenigstens ein sensibler. Daher auch die Leichtigkeit, mit der mit sexuellen Themen Politik gemacht werden kann. Aber dass wir jetzt allort Rollbacks erleben oder dass z. B. Frauenfeindlichkeit weltweit eine offensichtlich immer wieder erneuerbare Ressource ist, können wir wahrlich nicht den 68ern zur Last legen.

Die #MeToo-Bewegung ist in den USA entstanden, wie auch andere neuere emanzipatorische Diskurse wie der um die Political Correctness. Aus europäischer Sicht erscheinen die im akademischen Milieu geführten Debatten und die Politik des amerikanischen Präsidenten Trump in einem größtmöglichen Gegensatz. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Gründe für diese Polarisierung (wenn diese denn zutrifft)?

Ein Drittel des Landes, darunter auch eine Menge Frauen, findet Trump toll. Da kommt vieles zusammen: Identifikation mit einem angestrebten Ideal der Macht und des Reichtums, Verachtung gegenüber Wohlfahrtsabhängigkeit, Rassismus gegenüber Lateinamerikaner*innen und Afroamerikaner*innen, evangelikale Abtreibungsgegnerschaft, Bewunderung, wie Trump es schafft, so offen korrupt und aggressiv zu sein und den Demokraten immer wieder eins auszuwischen. Es kann sein, dass er noch in diesem Jahr zu Fall kommt. Das wäre ein Segen, und dann würden sich auch viele seiner gegenwärtigen Unterstützer*innen gegen ihn wenden. Aber momentan sitzt er noch fest im Sattel. Und der rechtsradikale Putsch, der vor unseren Nasen abläuft (z.B. wird unter seiner Regie die ganze Richterschaft Stück für Stück mit Rechtslastigen besetzt und das hat möglicherweise Konsequenzen auf Jahrzehnte hinweg), kann auch ohne ihn weitergehen.

Das akademische Milieu ist en gros tatsächlich liberaler als die Durchschnittsbevölkerung. Es gibt Ausnahmen, es gibt politisch rechtsorientierte Akademiker, die den Mächtigen ihre Dienste anbieten. Und manch ein ehemaliger Liberaler geriert sich nun konservativer und/oder kommt in Versuchung, Sponsoring von recht konservativen Stiftungen anzunehmen – mit vorhersehbaren Konsequenzen für den Inhalt der vertretenen Ideen. Aber meistens gilt weiterhin: Bildung macht liberaler.

Zugleich muss konstatiert werden: Das akademische Milieu ist unter zunehmendem Druck, besonders seit der Wirtschaftskrise 2008, dessen nachhaltige schlimme Folgen wir noch intensiver zu spüren bekommen werden. Im Gegensatz zu Deutschland werden die Universitäten kaum mehr vom Staat finanziert, sondern leben von Studiengeldern, Stiftungsgeldern, Dotationen. Immer mehr wird in rechtsorientierten Medien argumentiert, dass eine Uniausbildung unnützlich ist. Natürlich stimulieren die rechten Medien das Ressentiment gegen die angeblich von der Wirklichkeit abgehobenen, sich übermäßig um Political Correctness-scherenden Profs und Studis. Das ist Quatsch – es ist ein völlig verzerrtes Bild. In Univeranstaltungen wird der Stoff behandelt – ob in Chemie oder in Geschichte. Aber solche Lügen haben Folgen.

Fragen: Dirk Frank

Der Vortrag von Prof. Dagmar Herzog wird in den CGC Online Papers des Cornelia Goethe Centrums publiziert werden.